

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Buchhaltungen, für Berlin alle Zeitungsgeschäfte, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifmalberstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von

Centralkath der Deutschen Gewerksvereine

(Hirsch-Dunder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Gewerksvereinen unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandskassierer Rudolf Klein, N.O., Greifmalberstr. 221/22, einzuliefern sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 48.

Berlin, 1. Dezember 1905.

Siebennunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Es regnet neue Steuern. — Der Wunsch nach einer neuen Zuchtanordnung. — Die Korruption im deutschen Metallarbeiterverband. — Bodenschätze. — Gewerksvereins-Typen. — Verbands-Typen. — Anzeigen-Typen.

Δ Es regnet neue Steuern!

Am Steuerstengel hat eine Vielheit von Knospen zum Blühen angefaßt, die dem deutschen Volke eine Menge saurer Früchte in neuen Steuern reifen lassen will. Es bedarf nur noch der Begattung des Samenbodens dieser Blüten durch den Vater Reichstag und dann kann Alles blühen und gar bald reif vom Stengel in den Schooß des Volkes fallen.

Wer hätte das dem Freiherrn von Stengel zugetraut, als er aus München nach Berlin kam, daß er so viel Steuerknospen treiben werde. Was man zuerst über die neuen Steuerpläne hörte, wird noch übertroffen durch das, was nun von ihnen bekannt geworden ist. Jetzt soll im Ganzen fast eine Viertel-milliarde neuer Steuern pro Jahr mehr aus dem deutschen Volke herausgeschunden werden. Wie sehr man den Tabak bluten lassen will, das haben wir schon in unserer vorigen Nummer eingehend dargestellt. Zu den 72 Millionen Mark, die der Tabak gegenwärtig pro Jahr abwirft, soll er noch 40 Millionen Mark mehr aufbringen. Aus dem Bier will man jährlich 60 Millionen Mark mehr an Steuern und Zöllen herausholen. Das sind schon rund 100 Millionen Mark und eine solche Summe ist kein Pappentitel. Sie hat eine um so größere Bedeutung, als sie wieder einmal aus den Taschen des arbeitenden Volkes herausgeplündert werden soll.

Herr v. Stengel ist ein Bayer und da hätten wir von ihm anderes erwartet, als daß er dem Bier eine solche Kränkung antun könnte. Will der geniale Freiherr den preussischen Schnapsjunkern zu Liebe den Biergenuß einschränken, damit zum höheren Profit der junferlichen Schnapsbrenner den Branntweinkonsum wieder zunimmt? Alle Sozialpolitiker sind glücklich darüber, daß der Schnapsverbrauch immer mehr zurückgedrängt wird durch den Bierkonsum. Und weil das Bier stärker belastet werden soll, so darf der Tabak nicht ungerührt bleiben, denn, so meint der Herr v. Stengel: „Mag das Bier vielleicht auch von Manchen noch bis zu einem gewissen Grade als ein wenigstens nicht ganz entbehrliches Genußmittel angesehen werden, so ist der Tabak unzweifelhaft ein Genußmittel, dessen Entbehrlichkeit außer Frage steht.“

Ein ganz entbehrliches Genußmittel ist das Bier doch nur für den, der das Geld dazu hat, Wein trinken zu können. Und will denn der Herr Reichschatzsekretär den Tabak durch die Steuererhöhung ganz verbannen? Fast scheint es so, wenn man von ihm hören muß, daß er den Tabak als ein „entbehrliches Genußmittel“ hinstellt. Ernst kann das aber nicht gemeint sein, denn, wenn alle Leute so dächten wie Herr v. Stengel, dann würde die Steuer auf Tabak gar nichts einbringen, weil der Verbrauch dieses edlen Krauts für überflüssig erklärt und einfach aufhören würde.

Die 200 000 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen können Hungerpfoten saugen.

Die Entscheidung liegt beim Centrum. Die bürgerlichen Parteien auf der Linken und die Sozialdemokratie sind für solche Steuerpläne nicht zu haben. Das Centrum aber ist gebunden durch die von ihm in das Flottengesetz von 1900 eingefügte Bestimmung, daß „zur Durchführung des Flottenplanes nicht neue

Steuern eingeführt werden dürfen, welche eine Erhöhung oder Vermehrung der indirekten den Massenverbrauch belastender Abgaben“ herbeiführen. In der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird verächtlich zugestanden, daß es sich bei Bier und Tabak um „Gegenstände des Massenverbrauchs“ handelt. Das Blatt sucht aber das Gewissen des Centrums damit zu beruhigen, daß jene Bestimmung des Flottengesetzes doch nur so aufgefaßt werden könne, daß neue Steuern vermieden werden sollten, durch die „notwendige Lebensbedürfnisse hätten leiden können.“

Am 28. November tritt der Reichstag zusammen und da wird sich bald zeigen müssen, ob das Centrum fest bleibt.

Bisher sprachen wir nur von den das Bier und den Tabak betreffenden Steuererhöhungen. Zur Vermehrung der Scherereien für den deutschen Waarenverkehr soll ferner eingeführt werden ein Frachtkundenstempel. Ein solcher Stempel wird seit 1900 für den Seefrachtverkehr bereits erhoben. Der neue Steuerplan geht dahin, diesen Stempel auch auf den Binnen-Schiff- und Landfrachtverkehr auszudehnen. Früher hieß es: Alles was von Hamburg kommt, muß gestempelt sein. Das soll nun anders werden. Gleichviel woher die Güter innerhalb Deutschlands transportiert werden, sie sollen versehen werden mit dem Frachtkundenstempel. Dieser Stempel soll pro Jahr 41 Millionen Mark einbringen.

Aber nicht nur die Frachten, sondern auch die Menschen sollen gestempelt werden, freilich nicht auf die Haut, sondern nur auf ihren Personensfahrarten im Eisenbahn- und Dampfschiffsverkehr. Die Steuerpflicht soll bei einem Fahrpreis von mehr als 2 Mk. beginnen und in der Höhe von 5 Pf. bis 40 Pf. erhoben werden. Die ermäßigten Militär- und Arbeitersfahrarten sollen allerdings frei bleiben. Unter den heutigen Verkehrsverhältnissen haben die Bergnügungsreisen nur einen verhältnismäßig geringen Antheil an dem Personenverkehr auf der Eisenbahn und den Dampfschiffen. Die 12 Millionen Mark, die aus diesem Stempel zur Reichskasse kommen sollen, sind daher im Wesentlichen nichts wie eine Belastung des für einen Kulturstaat notwendigen geschäftlichen Verkehrs.

Wer statt mit der Eisenbahn in einem Automobil fährt, soll der rasch zugreifenden Steuerhand nicht entfliehen können, denn es soll auch eine Automobilsteuer erhoben werden. Hier will man aber ausnahmsweise nur die reichen Leute treffen, die sich zu ihrem Luxus ein Automobil halten können. Die geschäftlichen Zwecken dienenden Kraftwagen wie auch die Kraftdroschken und Kraftomnibusse sollen von der Steuer befreit bleiben. Das Luxusautomobil soll je nach seiner Größe und der darin aufgespeicherten Pferdekraft mit 100—150 Mk. jährlich besteuert werden. Diese kleine Luxussteuer soll annähernd 3 1/2 Millionen Mark pro Jahr zusammenauteln.

Der stempelstrotze Herr v. Stengel läßt es damit aber noch nicht genug sein. Wer auf Ordnung hält und nur gegen Quittung bezahlt, soll bei Beträgen von mehr als 20 Mk. einen Quittungstempel von 10 Pf. bezahlen. Von der Steuer befreit sein sollen Quittungen über Lohn- und Gehaltsbezüge von Personen, die zu einer nach dem Invalidenversicherungs-gesetz versicherungspflichtigen Klasse gehören, ferner Quittungen über Rückzahlungen aus Sparkassen, über Unfall-, Invaliden- und Altersrenten, Unterstufungen, Krankengelder, Beerdigungskosten, Wittwen- und Waisengelder u. dgl. m.

näher liegenden Kollegen in Verbindung getreten. Ein Besuch des Kollegen...

Indem der Delegierten tag zu Ende des Jahres in Weissenburg a. S. stattfinden wird...

Protokoll der Vorstandssitzung des Ausbreitungsverbandes im Königreich Sachsen...

Punkt 1 der Tagesordnung: Eingänge. Berichte der Kollegen Göttsch...

Punkt 2: Petition an den Sächsischen Landtag wegen der herrschenden Not...

Punkt 3: Die sozialpolitischen Fortbildungskurse zur Weihnachtzeit...

Zufolge sicher zu erwarten. Man beschließt ein ausführliche Darlegung...

Punkt 4: Die fernere Aert nunna unseres Ausbreitungsverbandes durch den Centralrath...

Veranstaltungen

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.). Sitzung jeden Mittwoch...

Hannover-Linden und Umgegend. Maschinenbau u. Metallarbeiter. Mittwoch, 29. November...

Kreis- und Bezirksverbände

Stettin (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag...

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Stolberg (Distriktsverband). Aug. Kirchbach...

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Centralrath der Deutschen Gewerksvereine

(Hilfs-Vorstand)

Mittwoch, 6. Dezember, Abds. 8 1/2 Uhr im großen Saale unseres Verbandshauses...

Vortrag des Herrn Universitäts-Professors Dr. von Halle über

Technik und Wirtschaft.

Zu diesem ebenso interessanten wie lehrreichen Vortrage laden wir alle Verbandsangehörigen...

Es wird gebeten, etwaige für diesen Tag in Aussicht genommenen Hauptvorstandssitzungen...

Erreicht Garantie funktionierendes Christbaum-Geläut



zu dem billigen Preise von nur Mk. 1.00, Porto 20 Pfg. extra. Dieses Geläut ersetzt jegliche Spitze...

GEBRÜDER BELL, Fabrik-Verbandsgeschäft, Gräfrath Solingen.

Der Gewerksverein

Jahrgang 1904

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige...

... 3,50, sonst 6 Mark ...

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:

Berlin N.O.,

Greifswalderstraße 221/22.

Geldsendungen

nur an Verbandskassierer

H. Klein,

Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.

Hagen i. W. (Distriktsverband). Durch reisende Mitglieder des Gewerksvereins...

Stettin (Distriktsverband). Herbergsreisende Mitglieder des Gewerksvereins...

Stollberg (Distriktsverband). Durch reisende Mitglieder des Gewerksvereins...

Dieses gesetzliche Mittel soll nach dem Vorschlage des Verfassers der Zuschrift in folgender neuer Strafvorschrift bestehen:

„Wer außer zu den im § 152 der R.-G.-O. bezeichneten Zwecken es unternimmt, Arbeitseinstellungen hervorzuufen, welche in Folge ihres Umfangs geeignet sind, das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht durch Unterbindung seiner Produktion, seines Handels oder seines Verkehrs dem Auslande gegenüber zu schädigen, wird . . . bestraft.“

Das Gleiche gilt, wenn die Schädigung nur einen Bundesstaat oder mehrere einzelne Bundesstaaten betrifft.

Sind durch die im Abs. 1 bezeichneten Handlungen wirtschaftliche Nachteile eingetreten, so kann die Strafe bis auf . . . erhöht werden.“

„Natürlich müßten“, so heißt es dann weiter, „die Strafen, falls die ganze Gesetzesvorschrift ihren Zweck erfüllen und abschreckend wirken soll, exemplarische sein.“ „Mehrjährige Freiheitsstrafen“ müssen als Strafminimum angelegt werden.

Das etwa ist der Gedankengang des Artikels, der natürlich bei der „Post“, die früher dem Freiherrn v. Stumm gehörte, hellen Jubel und lebhaften Beifall erweckt hat. Die Anregung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ verdiente volle Beachtung, und es wäre nicht dringlich genug empfohlen werden, diese wichtige Frage in der nächsten Tagung des Reichstages ernstlich zur Sprache zu bringen. Das Organ des Unternehmertums habe ganz Recht mit der Ansicht, daß, wenn solche Schutzmaßnahmen wirksam sein sollten, sie eingreifen müssen, wenn die Bewegung noch im Keime ist, und daß es deshalb vor Allem darauf ankomme, die Organisations- und Anführer eines solchen politischen Generalstreiks mit der Waffe des Strafrechts zu treffen und unschädlich zu machen.

Wenn es sich lediglich hier um Maßregeln gegen den Generalstreik handelte, so wären wir als Gewerksvereiner durch obige Gesetzesprodukte in keiner Weise berührt. Wir sind grundsätzlich Gegner derartiger für die Nation und für die Arbeiter höchst gefährlicher Demonstrationen; gegen uns könnten demgemäß die in Vorschlag gebrachten Strafbestimmungen nicht in Anwendung kommen. Wenn wir uns trotzdem mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, so geschieht es deswegen, weil wir nach den gemachten Erfahrungen befürchten müssen, daß man leicht jede Streikbewegung als den Keim zu einem Generalstreik betrachten kann. So würde auf Umwegen das erreicht werden, was man direkt durch die Justizhausvorlage nicht durchsetzen konnte. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist schon heute derartig beengt und wird durch das ginstliche Vorgehen der Behörden, namentlich der Polizei gegen die Streikposten, noch so beschränkt, daß wir entschieden gegen jede Maßregel Stellung nehmen müssen, die auch nur die Möglichkeit offen läßt, daß sie sich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter richtet. Hier liegt aber nicht nur die Möglichkeit vor, sondern die große Wahrscheinlichkeit, und deshalb würden wir alle Hebel in Bewegung setzen, um die Verwirklichung obiger Vorschläge zu vereiteln.

Ubrigens stehen wir mit unserer Anschauung nicht allein da. Die „Polener Zeitung“ führt einige recht drastische Beispiele für die Gefährlichkeit der vorge schlagenen Strafbestimmungen an. Sie meint, daß dieselben „gar kein Spezifikum gegen den Generalstreik sein würden, sondern auch auf jeden großen Einzelstreik zur Anwendung gelangen könnten. Denn wenn der große Bergarbeiterstreik vom letzten Januar oder der Streik in der Berliner Elektrizitäts- und Metallindustrie in diesem Herbst einige Wochen länger gedauert hätten, so wäre das Deutsche Reich zweifellos wirtschaftlich geschädigt worden. Nach klarer tritt diese Möglichkeit der Auslegung des Gesetzes in die Erscheinung durch den Schlußsatz, der von der Schädigung eines einzelnen Bundesstaates spricht. Der Streik der Schauerleute in Hamburg vor 9 Jahren hat unzweifelhaft diesen Bundesstaat schwer geschädigt, der neue Paragraph hätte also auch auf einen solchen Streik Anwendung finden können.“

Daher fort mit solchen neuen Strafbestimmungen! Die Arbeiterklasse verlangt einen Ausbau des Koalitionsrechts und erwartet vom Reichstag mit Zuversicht, daß der Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in diesem Sinne ausgestaltet wird. Geschieht dies nicht, dann würde vielleicht nur erreicht werden, daß sich die Zahl der Anhänger des Generalstreiks noch vermehrt, die sonst allem Anschein nach im Sinken begriffen ist. Haben doch erst in diesen Tagen die sozialdemokratischen Abgeordneten v. Elm, Frohme und Lesche in einer scharfen Erklärung sich gegen die „verderbliche Revolutionaromanie“ ausgesprochen, wie sie in den Debatten über den Generalstreik zum Ausdruck kommt. Diese Bewegung wird weitere Fortschritte machen, wenn man sie nicht durch scharfmacherische Eingriffe stört.

Die Korruption im deutschen Metallarbeiterverband.

Ein bisheriges Mitglied des Metallarbeiterverbandes, das seit Sonntag ausgehört hat Mitglied zu sein, schreibt uns:

Die Verwaltungsstelle Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes hielt vor kurzer Zeit ihre Generalversammlung ab, die aber nicht zur Erledigung ihrer Tagesordnung kommen konnte. Ueber einige eigenartige Begebenheiten, die sich in der ersten Versammlung abspielten, insbesondere der Kampf der Rohrleger und des früheren zweiten Bevollmächtigten dieser Zahlstelle, Wiesenthal, gegen den ersten Bevollmächtigten, Adolf Cohen, ist bereits in Nr. 46 des „Gewerksvereiner“ kurz berichtet worden. Die Fortsetzung der Generalversammlung fand dann auch am Sonntag, 26. November, statt und

beschäftigte sich fast ausschließlich nur mit der Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie.

Während man in Berlin durch Ruhe des Todtenfestes gebachte, tobte in den Räumen des Cablissements „Neue Welt“ eine heisse Schlacht. Gegen 4000 Personen waren zu dieser Versammlung erschienen, um über das Verhalten der Berliner Ortsverwaltung und des Hauptvorstandes des deutschen Metallarbeiterverbandes zu Gericht zu sitzen.

Zunächst sei folgende Begebenheit dargelegt. In der ersten Generalversammlung am 12. d. M. kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen dem ersten Bevollmächtigten Cohen und den Anhängern des früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenthal, weil ersterer es nicht zuließ, daß der ebenfalls anwesende Wiesenthal in der Versammlung bleiben konnte. Cohen begründete dieses damit, daß gegen Wiesenthal ein „Ausschlußverfahren“ schwebte und er statutarisch zu einer Generalversammlung keinen Zutritt habe. Nach heftigen tumultuarischen Auftritten, die zur mehrmaligen Vertagung der Versammlung führten, verließ Wiesenthal den Versammlungsraum. Inzwischen hat sowohl die Berliner Ortsverwaltung, als auch der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes dem Ausschlußantrage zugestimmt. Es war deshalb zur Unmöglichkeit geworden, daß Wiesenthal in der am letzten Sonntag abgehaltenen Generalversammlung erscheinen konnte.

Noch in einer Versammlung der Rohrleger am 23. d. Mts. erklärte der Gemäßigtere, daß er in der Sonntag-Versammlung erscheinen werde, um mit Cohen einmal gründlich abzurechnen. Dieses Versprechen übte auf den Versammlungsbesuch eine große Zugkraft aus, da man interessante Debatten erwartete. Auch hatten die Rohrleger den Spieß umgedreht und ihrerseits einen Antrag auf Ausschluß Cohens aus dem Metallarbeiterverband gestellt.

Man war allgemein der Ansicht, daß nunmehr auch Cohen nicht berechtigt sei, in der am Sonntag stattgefundenen Versammlung zu erscheinen. Viele trauten ihren Augen nicht, als sie sahen, daß der kleine Cohen doch da war. Ein zweimaliger Versuch Cohens, die Versammlung zu eröffnen, scheiterte an dem kolossalen Lärm der Versammlung, welcher von den Rufen „raus“ begleitet war. Nachdem die Versammlung auf eine halbe Stunde vertagt war, und die Mitglieder der Ortsverwaltung während dessen emsig einen Gedankenaustausch pflegten, konnte die Generalversammlung ordnungsgemäß eröffnet werden, aber nicht durch Cohen, sondern durch den Vorsitzenden des Hauptvorstandes, Herrn Alexander Schlichte aus Stuttgart.

Auch diesem Herrn sollten die Haare geschnitten werden, weil er die Ausgesperrten in punkto Geldfrage in Stich gelassen hat. Der zweite Bevollmächtigte Handtke gab eine Erklärung ab, daß das Ausschlußverfahren gegen Cohen von der Ortsverwaltung abgelehnt ist, weil die angeführten Gründe nicht stichhaltig seien. Cohen war mühsam berechtigt, als Leiter dieser Versammlung weiter zu fungieren.

Ob dieser Erklärung gab es bei den zahlreich vertretenen Rohrlegern lange Gefächler. Nun kam endlich Cohen zum Wort, um mit scharfen Worten das Verhalten der Rohrleger zu verurteilen. Wutschraubend fiel er über diejenige Tagespresse her, die bereits von seinem angeblichen Ausschluß berichtet hätte. Doch war alles nicht so schlimm, Cohen war wieder „oben auf“ und seinem gefährlichsten Gegner Wiesenthal, von dem man so viel Internes erwartete, wurde durch den noch rechtzeitig perfekt gewordenen Ausschluß die Möglichkeit genommen, sein Herz auszuschütten.

Jetzt erst konnte die Versammlung den Bericht Cohens über die Aussperrung in der Elektrizitäts-Industrie entgegennehmen. Er legte dar, daß die äußerst günstige Geschäftslage in der Elektrizitätsindustrie es den Arbeitern habe geboten erscheinen lassen, auf eine Lohnserhöhung zu dringen. Dieses versuchten die Schraubendreher und Lagerarbeiter bei den Firmen Siemens & Halske und auf dem Rabelwerk Oberspree der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft. Während sich die Forderungen der Schraubendreher auf eine 15 proz. Lohnserhöhung beliefen, betrug die seitens der Firma gemachte Zulage nur 5-6 pCt. „Unter diesen Bedingungen“, so fuhr Herr Cohen weiter fort, „konnte die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden, selbst wenn wir nur sechs Dreier in der Tasche hätten“. Dieses wurde auch in einer Sitzung des Centralstreikkomitees am 27. September beschlossen. Die Verweigerung der Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Schraubendreher war ein Hauptgrund zur gesamten Aussperrung. Dieses wußte auch die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes. In welche Kalamität sich dadurch der Metallarbeiterverband begeben hat, zeigten die weiteren Ausführungen des Herrn Cohen. „Gleich nach Beendigung der Sitzung des Centralstreikkomitees (27. September), die bis Nachts 2 1/2 Uhr dauerte, trat die Ortsverwaltung noch zu einer Sitzung zusammen, um über die Herbeischaffung der nötigen Geldmittel zu beraten. Wir telegraphirten sofort nach Stuttgart, die nötigen Mittel bereit zu halten. Auch bot ich mich an, zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Hauptvorstande nach Stuttgart zu kommen. Am anderen Morgen nahm ich das telefonische Gespräch auf und wurde mir hierbei die Nachricht zu Theil, daß die Verbandskasse durch die letzten Aussperrungen und Streiks derart in Anspruch genommen worden sei, daß es unmöglich sei, die erforderlichen Mittel bereit zu halten. Auf meine Anwesenheit in Stuttgart wurde verzichtet, da Schlichte oder Reichelt nach hier kommen wollten, was mir auch lieber war. Es war nun nothwendig geworden, ein Darlehn aufzunehmen. Trotzdem ich

Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese Steuer den kleinen Mann nicht treffen könne. In vielen Fällen wird jedenfalls der Arbeiter schon getroffen durch die Erhebung dieser Steuer für Mietbühnungen. Und wenn ein junges Paar einen neuen Hausstand gründen will, dann wird es beim Einkauf der Wirtschaftsgüter zur Steuer herangezogen. Braucht der Mann einen Anzug, die Frau ein Kleid u. s. w. so wird in der Regel der Quittungstempel fällig. Und wie schwer wird es der Arbeiterfamilie schon, den Kaufbetrag aufzubringen! Wo man nur den „Lurus“ trifft, da bringt der Stempel keine 16 Millionen Mark pro Jahr, die hier durch den Quittungstempel aufgebracht werden sollen.

Hier und da sollen die bisher aufgeführten Steuern natürlich noch das eine oder andere Millionen mehr bringen, sobald auf eine Mehreinnahme von im Ganzen 180 Millionen Mark gerechnet wird.

Derr v. Stengel aber braucht mehr und so sollen die ihm noch fehlenden 40-50 Millionen Mark durch eine Reichserbschaftsteuer aufgebracht werden. Je nach dem Grade der Verwandtschaft sollen von dem Erbe 4 bis 20 pCt. des ganzen Betrages an Steuern erhoben werden. Erbschaften, die auf Abkömmlinge in gerader Linie oder auf Ehegatten übergehen, wie auch alle Erbschaften bis zum Betrage von 300 Mk. sollen steuerfrei bleiben. Um die Umgehung der Steuer zu verhindern, sollen Schenkungen zwischen Lebenden den Erbschaften gleich erachtet werden. Die Einzelstaaten müssen dann auf ihre Erbschaftssteuern, die sie heute erheben, verzichten. Da die Einnahmen aus der Reichserbschaftsteuer aber auf 72 Millionen Mark pro Jahr geschätzt werden, wovon das Reich nur 48 Millionen Mark für sich verbrauchen will, so soll der überschüssende Rest auf die Staaten verteilt werden, die ihre Erbschaftsteuer auf dem Altar des Reiches haben opfern müssen.

Die Besteuerung der Luxusautomobile und der Erbschaften lassen wir uns gefallen. Die anderen Steuerarten aber müssen von der gesamten Arbeiterschaft und von allen Freunden des Volkes energisch bekämpft werden. Am schärfsten muß der Kampf einsehen gegen die auf Bier und Tabak geplanten Steuererhöhungen. Der Frachtfuhrtenstempel, die Besteuerung der Personensfahrkarte und der Quittungstempel sind um ihrer volkswirtschaftlichen Bedenken willen, ebenfalls in den Diskus hinabzuschleudern. Wenn das Reich so unheimlich viel Geld braucht, dann mag es sich an diejenigen Patrioten wenden, die von diesen Schätzen reichlich viel haben. Die Taschen des Volkes aber sind leer, leerer als sie es sein würden, wenn nicht die Wirtschaftspolitik des Reiches die Lebensmittel zu unerträglich hohen Preisen gesteigert hätte!

*** Der Wunsch nach einer neuen Zuchthausvorlage.**

Wohl noch niemals hat eine gesetzgeberische Aktion mit einem kläglicheren Fiasko geendet als die ungelückte Zuchthausvorlage, die offiziell den harmlos klingenden Namen „Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen“ trug. Die Zuchthausvorlage ist verfehlt worden, so sagte man seiner Zeit, um damit anzudeuten, daß man ihr nicht einmal ein anständiges parlamentarisches Begräbnis in einer Kommission beschieden hatte. Seitdem hat die Reichsregierung wohlweislich von derartigen Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter sich ferngehalten; wir möchten sagen, daß der in diesen Fragen in erster Linie maßgebende Beamte, Staatssekretär Dr. v. Posadowsky, im Verlaufe seiner Amtstätigkeit auch zu viel politische und soziale Erfahrung gesammelt hat, um nochmals zu einem solchen Vorgehen seine Hand zu bieten.

Aber es gibt auch Leute, die Alles vergessen und Nichts dazu lernen. Zu dieser Klasse gehört ein großer Theil der Unternehmer, namentlich die sogenannten Scharfmacher, die von Zeit zu Zeit immer wieder einmal bald in verschämter, bald in unverschämter Weise die Fühler ausstrecken, ob wohl die Gelegenheit günstig ist zu einem neuen Vorstoß, namentlich gegen das Koalitionsgesetz der Arbeiter, das, so mangelhaft und so wenig entsprechend den gehegten Wünschen es auch ist, dennoch dem Scharfmacherthum ein Dorn im Auge ist. Die Nr. 47 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlichte gleich zwei Artikel gegen den Streik bezw. den Generalstreik, allem Anschein nach veranlaßt durch die blutigen Ereignisse in Rußland, die natürlich auch manchen deutschen Scharfmacher zum Nachdenken veranlaßt haben. Schade nur, daß dabei nichts Geheiteres herausgekommen ist!

In der „Umschau für Arbeitgeber“ werden zunächst allerlei tiefgründige Betrachtungen über das Wesen des Streiks angestellt. Die in Arbeiterkreisen verbreitete Ansicht, der Streik sei ein Kulturmittel,

* Es kann aber auch diese Automobilsteuer schon schädlich wirken durch eine Verminderung der Kaufkraft für Luxusautomobile. Die dadurch eintretende Schwächung der Industrie trifft auch die in derselben beschäftigten Arbeiter. Red. d. B.

könnte den Verfasser des betreffenden Aufsatzes zu einem „hellen Gelächter“ veranlassen, wenn die Sache nicht ihre tieftraurige und tröstliche Seite hätte. Denn „der Streik ist längst nicht mehr ein Mittel zur Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage“. Diejenigen, die gegenwärtig in den Berggebieten „den Arbeitern ins Ohr raunen, wie schlecht es ihnen gehe“ werden ironisch als „Apostel der Sittlichkeit und Friedensliebe“ hingestellt. In dem Textilarbeiterkampfe in Thüringen und Sachsen wird mit dem „Vorwärts“ herbegehoben, daß es sich nicht mehr um einen Kampf um ein paar Pfennige Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit handele, sondern um einen Kampf um Sein oder Nichtsein. In allen diesen und ähnlichen Bewegungen kämen ebenso wie beim Eisenbahnerstreik in Oesterreich und dem Generalstreik in Rußland politische Momente in erster Linie in Betracht. Die Zeiten seien vorüber, wo die Streiks den Ausdruck des Unwillens bedeuteten darüber, daß einer reichen und im Ueberflusse schwelgenden Gesellschaftsklasse ein dorndendes Proletariat gegenübersteht. Noth und Elend seien zwar noch nicht aus der Welt verschwunden, aber es seien „nicht die Varias der Gesellschaft, welche heute zu Aufstand und Aufruhr neigen, sondern eine gut gelohnte, in beglücklichen Verhältnissen lebende Arbeiterschaft, die läßt Sturm gegen Recht und Ordnung, nicht um ein paar Pfennige Lohn mehr zu erhalten, sondern um den politischen Wackelhunger der Umwälzpartei zu befriedigen“.

Huchelei, nichts als Huchelei! Es muß dem Unternehmerorgan bekannt sein, daß in vielen Branchen die Arbeiter Löhne erhalten, die kaum auch nur das kümmerlichste Auskommen garantiren. Die Vergarbeiter und vor Allem die Textilarbeiter sind Kategorien, deren elendes Loos fast unvorstellbar geworden ist. Wie man trotzdem von „beglücklichen Verhältnissen“ reden kann, ist uns unerfindlich. Es lohnt sich auch deshalb wirklich nicht, im Einzelnen die Ausführungen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ zu widerlegen. Sie richten sich selbst. Interessant ist es auch, wie sich das Blatt über die Führer der Arbeiter äußert:

„Zwar wissen die Streikführer sehr genau, daß für den Augenblick mit roher Gewalt noch nichts auszurichten ist, und sie empfehlen daher, schon um sich den Rücken zu decken, ein äußerlich ruhiges und gesenktes Verhalten. Aber diese abgefeimte Taktik ist doppelwichtig. Die Agitatoren, die mit der Massenpsychologie sehr gut Bescheid wissen, sind sich nicht im Unklaren darüber, was sie thun, wenn sie in der Versammlung unter dem frenetischen Beifall der Masse auf die niederträchtigen Arbeitgeber und auf die noch viel niederträchtigeren Arbeitswilligen eine Fluth von Beschimpfungen niederregeln lassen und mit demselben Athem ihrer Gefolgschaft den frommen Rath ertönen, recht brav und artig nach Hause zu gehen und kein Wasserchen zu trinken. „Zerstört die Elektrizitäts-Apparate, zerstört die Ketten an den Webstühlen, schlägt den Arbeitswilligen den Schädel ein, schlägt den Textilarbeiter und Schloßjunker eine Kugel in die Rippen!“ Kein Gott behüte! Das wird doch kein Agitator seiner braven Herde zumuthen? Er wird sie im Gegentheil zu recht frommem und artigem Verhalten ermahnen, denn noch untersteht die Versammlung politischer Aufsicht, und wer wolle von diesen braven Rittern wohl seine eigene Haut zu Marke tragen? Kann doch dasselbe Ziel viel leichter und ungeschädlicher erreicht werden, indem man die natürliche Leidenschaft auf den Siedepunkt erhitze, indem man die schlechten Einflüsse ansäufelt und diese aus sich selbst heraus zur That werden läßt.“

Diesen Führern, den „gewerksmäßigen Hebern“, wie sonst der technische Ausdruck lautet, gilt denn auch überhaupt der ganze Vorrath. Sie in erster Linie unschädlich zu machen, muß das Hauptbestreben sein. Und wie dies zu ermöglichen geht, das wird im Leitartikel der citirten Nummer angegeben. Derselbe enthält die Zuschrift eines Verwaltungsjuristen und beschäftigt sich mit dem Generalstreik. Das Charakteristische an ihm sei, daß unter der Maske der Gesetzmäßigkeit, unter angeblicher Ausübung von Rechten der Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung und damit der des bestehenden Rechts erreicht werden soll. Der Staat steht gegenwärtig dem Generalstreik verhältnismäßig machtlos gegenüber. Da er aber eine Gefahr für den Staat bildet, muß er bekämpft werden, bevor er zum Ausbruch gelangt ist. „Man muß den glimmenden Brand erlöschten, ehe er zur Flamme aufschlägt“, und deshalb soll man sich an diejenigen Personen halten, die den Generalstreik organisiren, an die Führer. Da aber das geltende Recht keine Handhabe in dieser Richtung gewährt, so erscheine es umso angezeigter, sie zu schaffen, so lange es noch Zeit ist. Und nun höre man das Mittel, das lebhaft an die Radikalkuren des Doktors Eisenbart erinnert! Wer durch Organisation des Generalstreiks sein Vaterland in Gefahr bringt, muß wegen „Hoch- und Landesverraths“ angeklagt werden. Ebenso wie äußere Feinde den Bestand des Reiches durch Losreißung von Landestheilen gefährden können, ebenso sei der Generalstreik dazu im Stande.

„Die politisch-wirtschaftliche Entwicklung der letzten 80 Jahre hat diese Möglichkeit sozusagen über Nacht geschaffen, und schon haben wir es erlebt, daß sie in unserem Nachbarlande zur Wirklichkeit ward. Veränderte Zeiten erfordern veränderte Gesetze. Ebenso unwahrscheinlich, wie es nach menschlicher Berechnung ist, daß der Bestand des Deutschen Reiches in Folge Hochverraths durch Losreißung von Gebietsstücken je verändert werden wird, ebenso wahrscheinlich ist es, daß früher oder später ein Generalstreik uns der Gefahr aussetzen wird, mit einem Schläge die mühsam erungene Position Deutschlands auf dem Weltmarkte und damit im System der Weltmächte zu verlieren. Wir müssen uns hierbei stets daran erinnern, daß wir in Folge unserer Lage und unserer besonders schwierigen Konjunkturverhältnisse dieser Eventualität in jeder Beziehung ungünstiger gegenüberstehen als andere Staaten. Ein Generalstreik, den der russische Bar vielleicht unschwer abzuwehren kann, kann unserm Industriestaat schon zum Verderben gereichen. Darum sollte uns jedes geeignete Mittel willkommen sein, was dazu führen könnte, ihn zu verhindern.“

che in Einigungsverhandlungen eingetreten wird. Die Bergarbeiter sind der Aufforderung nachgekommen und sind bereits Verhandlungen mit dem Bergwerksdirektor Jritsch eingeleitet. Derselbe versicherte, die Forderungen der Arbeiter in lohnlicher Weise zu prüfen. Die Beschäftigten der sächsischen Gruben um Jabrze haben ebenfalls Lohnforderungen eingereicht. Eine Kommission von 5 Gewerkevereinigern wurde beauftragt, mit den Bergverwaltungen über eine 20proz. Lohnzulage in Verhandlungen einzutreten. Auch im sächsischen Bergwerksdistrikt ist die Situation sehr gespannt. Mehrere Bergarbeiterversammlungen im Lugan-Deiskniger Kohlenrevier stellen folgende Forderungen auf: Erhöhung des Schichtlohnes um 50 Pfg. pro Mann und entsprechende Erhöhung des Gedinges, Abschaffung der getrennten und der Prämien-Gedinge, Beseitigung der Sperre, wöchentliche Lohnabzugszahlung. — Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ist durch die Tagung der Revierkonferenz in Essen am 18. d. Mts. und die dort gefassten Beschlüsse eine wesentliche Besserung eingetreten. Hoffentlich behalten die Bergleute auch fernzeitig das Blut; desgleichen ist zu hoffen, daß die Regierung sowohl als auch das Ober-Bergamt in Dortmund den Eingaben der Revierkonferenz die nötige Beachtung und das gewünschte Entgegenkommen zeigen. — Eine plötzliche Wendung nahm die Textilarbeiterbewegung in Sachsen und Thüringen. Am Mittwoch, den 29. d. Mts., wird die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. Noch vor 8 Tagen ermahnnten die Führer zum Aushalten im Kampfe. In Neßlau und Greiz war in den letzten Tagen die Kampfeslust besonders groß und wurde auch die Parole zum Weiterstreifen ausgegeben. Nur in Meerane war die Stimmung eine getheilte. Die Arbeiter kehren in die Fabriken zurück, ohne ihre Forderungen erfüllt zu sehen. Die Fabrikanten haben jedoch wiederholt erklärt, die Löhne nach dem von ihnen angebotenen neuen Lohnsatz zu berechnen. Hoffentlich werden die Fabrikanten auch bei der Wiedereinstellung der Arbeiter keine Schwierigkeiten machen. — In Bielefeld haben über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche die Arbeit niedergelegt. Ausgenommen sind nur vier Fabriken, welche den Wünschen der Beschäftigten entgegengekommen sind. — Die im Berliner Verkehrsgebiete im Anzuge gewesene Lohnbewegung ist durch das Entgegenkommen der beteiligten Instanzen in ruhige Bahnen gelenkt worden. Insbesondere waren es die Angestellten der Straßenbahn, welche mit bedeutenden Forderungen an die Direktion herantraten. Vom 1. Dezember ab wurde den angestellten Schaffnern und Fahrern eine monatliche Gehaltserhöhung von 5 M. bewilligt; die im Lagelohn stehenden Bediensteten sind sämtlich in ihren Lohnsätzen um 20—25 Pfg. pro Tag erhöht worden. — Die Berliner Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen haben gleichfalls einen bedeutenden Erfolg aufzuweisen. Sie erhalten eine Lohnzulage von 6 pCt., die jedoch mindestens 50 Pfg. pro Woche betragen muß. Ferner erhalten alle Affordarbeiter und Arbeiterinnen für das Tausend Cigaretten eine Zulage von 15 Pfg. Die Vereinbarungen bleiben bis zur Erledigung des Tabaksteuergesetzes unabänderlich. Nach Erledigung desselben sollen dann neue Verhandlungen anbahnt werden, um auf Grund der sich dann ergebenden Situation einen neuen Tarif festzulegen. — Die Tarifbewegung der Weißgerber und Lederfärber in Berlin ist nach sechs wöchentlicher Dauer beendet worden. Es kam der Abschluß eines Vertrages zu Stande, welcher mehrere Vergünstigungen für die Arbeiter aufweist und auf längere Zeit abgeschlossen wurde. Die Arbeitgeber gingen jedoch über die zu Anfang der Bewegung gemachten Zugeständnisse nicht wesentlich hinaus. — Die Differenzen in den Phänomenen-Fahrradwerken zu Jittau dauern noch an. Die bisher stattgefundenen Verhandlungen verliefen resultatlos.

Die erste Tageszeitung für die Deutschen Gewerkevereine erscheint am 1. Januar 1906 unter dem Titel „Mitteldeutsche Volkszeitung“ im Verlage von J. Scaupe & P. Röger in Weissenfels a. S. Das Blatt steht unter Redaktion des Verbandsgenossen Lechner in Weissenfels und hat Mitarbeiter aus Gewerkevereinstreifen an verschiedenen Hauptplätzen Mitteldeutschlands erwerben können. Sehr eifrig unterstützt wird das Blatt vom Mitteldeutschen Ausbreitungsverband in Halle a. S. und ebenso auch von den Ortsverbänden in und um Weissenfels bis hinauf nach Eisenach und hinunter bis Bitterfeld. Der Abonnementspreis ist auf 1,50 M. pro Vierteljahr festgesetzt. Das Blatt widmet sich ausschließlich den Gewerkevereinsinteressen und kann daher insbesondere unseren Mitgliedern in Mitteldeutschland das Abonnement nur bestens empfohlen werden. Im Königreiche Sachsen erscheint außerdem noch wöchentlich einmal das „Sächsische Gewerkevereinsblatt“ und von Magdeburg aus soll vom 1. Januar ab noch wöchentlich einmal erscheinen der „Mitteldeutsche Courier“.

Im Organ des Buchdruckerverbandes, dem „Correspondent“, wird der Jahresbericht der Buchdruckerorganisation besprochen. Das Vermögen beträgt 5990060 M. Der „Correspondent“ giebt hierbei eine volle Schale des Spottes aus über den Jenaer Parteitagbeschluss, betreffend den Generalkongress. Wenn von dem Vermögen des Verbandes 4 Millionen Mark für Streikunterstützung verfügbar gehalten würden, dann wäre die ganze Herrlichkeit bald zu Ende, wenn die Buchdrucker den strengen Forderungen der Generalkongress-

apostel folgen wollten, und dann könnte das „Hungern für die Ueberzeugung“ seinen Anfang nehmen.

Sind wir dann bei der Glends- oder richtiger der elenden Theorie angelangt, dann, ja dann endlich käme die Befinnung, und das Sammeln von Fonds könnte unter den schwierigsten Umständen von Neuem beginnen. Nach mehreren Dutzenden von Jahren, wenn dann endlich wieder eine nennenswerthe Summe beisammen wäre, könnten nochmals solche moderne Herosstraten ersehen, die mit dem Massenstreit, der direkten Aktion oder sonst welchem modernen Mittel der Masse des Volkes wohl ein Brillantfeuerwerk von wenigen Tagen vormachen könnten, im Uebrigen aber die wirklichen Bedürfnisse unbefriedigt liegen. Hier trifft das Goethe'sche Wort im „Faust“ zu:

„Ich sag' es dir: ein Kerl, der spekulirt,
Ist wie ein Thier auf darrer Heide,
Von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt,
Und rings herum liegt schöne grüne Weide.“

Die Streikbrecher in der Redaktion des „Vorwärts“ sind wüthend über diesen Spott und nennen ihn den „Gewerkschaftskretinismus in Reinkultur“. Das sei der bornirte Geist, der die Arbeiterbewegung Englands lähmte.

So meinen es die Streikbrecher! Unabhängige, denkende Menschen beurtheilen die Sache zum Glück anders.

Mit welchem Bemühen besorgt der „Vorwärts“ die Geschäfte des Internationismus in einem Galimatias, den er in Nr. 257 unter dem Titel „Vertrauensamt oder Brodsteine“ veröffentlicht. Darin heißt es:

„Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft, um davon zu leben. Die Hauptsache ist für ihn der Lohn, die Arbeit ist ihm nur Nebensache. Erhielte er den Lohn ohne Arbeit, würde er nichts dagegen einzuwenden haben.“

Der besoldete Vertrauensmann erhält seine Bezahlung, um arbeiten, um seine ganze Arbeitskraft seinem Posten widmen zu können. Die Hauptsache ist für ihn seine Arbeit, nicht sein Lohn. Wenn er in der Lage dazu wäre, würde er die Partiarbeit auch ohne Bezahlung leisten.“

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ ist über diese Auffassung so empört, daß es nicht recht weiß, ob es lachen oder weinen soll. Es kommentirt den „Vorwärts“-Artikel wie folgt:

Die „höhere“ Auffassung, die hier das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie von dem parteigenössischen Anstellungsvorhältnis bekennt, deckt sich völlig mit derjenigen, die jeder Unternehmer von „seinen“ Arbeitern hat. Auch er bezahlt sie nur, damit sie ihm ihre ganze Arbeitskraft, wozu möglich die ganze Person widmen; auch ihm ist die Arbeit die Hauptsache, nicht der Lohn. Auch er würde, wenn er könnte, die Arbeit ohne Bezahlung verlangen. Und wie der obige Vergleich den Lohnarbeiter charakterisirt, das würde einem Unternehmervoll alle Ehre machen. Nur die Arbeiterschaft aber ist dieser Vergleich geradezu eine Beleidigung, nicht bloß für den Arbeiter, der seine Arbeitskraft einem Partei-, Gewerkschafts- oder Genossenschaftsbetriebe widmet, sondern für jeden Lohnarbeiter, der ein Recht darauf hat, seine Arbeit nach ihrem Werth und ihrer gesellschaftlichen Nothwendigkeit beurtheilt zu sehen. Wie kann das leitende Organ einer Partei, die in der Arbeit die Grundlage der Kultur erkennt und die den Kampf der Arbeiterklasse als das Ringen der verachteten und ausgebeuteten, aber gesellschaftlich unentbehrlichen Arbeit feiert, erklären, daß dem Lohnarbeiter der Lohn die Hauptsache, die Arbeit Nebensache sei? Muß es nicht den Kampf der Arbeiter für einen gerechten Antheil an Arbeitsvertrage, ihren Kampf für kürzere Arbeitszeit diskreditiren, wenn ein Arbeiterblatt in dürren Worten erklärt: der Arbeiter würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn er den Lohn ohne Arbeit erhielte? Vor drei Jahren veröffentlichte Herr v. Reischwig unter dem Titel „Ca canny“ in deutscher Uebersetzung die bekannten Times-Angriffe auf die Gewerkschaften, in denen diese einer systematischen Herabwürdigung der Arbeitsleistung bezichtigt wurden. Die ganze Arbeiter- und Gewerkschaftspresse, voran der „Vorwärts“ war damals einig in der Zurückweisung dieser Angriffe, besonders hinsichtlich der deutschen Arbeiterschaft, und wir wiesen demgegenüber mit Recht nach, daß das Streben der Arbeiter nach Verhütung der Arbeitszeit in Folge der ständigen Steigerung der Arbeitsleistung gerechtfertigt sei. Heute erklärt der „Vorwärts“, daß dem Lohnarbeiter der Lohn die Hauptsache, die Arbeit Nebensache sei! Man sagt sich an den Kopf, wenn man dieselbe im Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei liest. Wenn das die prinzipielle und taktische Richtungslinie ist, nach der fortan der „Vorwärts“ redigirt werden soll, so kann nur das Unternehmertum Freude daran erleben, während die Gewerkschaften getroffen ihre gesammten Grundsätze revidiren dürfen!

Verfasser jenes „Vorwärts“-Artikels ist der Kapitänswächter des Sozialismus, der Karl Marx der Gegenwart, Herr Krautsky. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ schüttelte nun erst recht den Kopf, als es erfuhr, wer der Verfasser war, und meint: „Es ist unmöglich, unsere parteigenössischen Empfindungen zu schildern, als wir dies lasen“. Derartige Belegungen müßten entschieden zurückgewiesen werden.

Das „Zurückweisen“ wird den Gewerkschaftern so lange nichts nützen, wie sie selbst noch eins sind mit der Partei. Wären die Gewerkschafter konsequente Menschen, dann würde es mit diesem „Einssein“ bald ein Ende haben. Für den mit offenen Augen sehenden deutschen Arbeiter kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die praktische Arbeiterbewegung unter der sozialistischen Vorherrschaft schwer zu leben hat.

in dieser Beziehung schon eine gewisse Erfahrung hinter mir habe, war es nicht leicht, ein solches zu erhalten. Auch mußte der Hauptvorstand selbst die Garantie für die Zurückzahlung des Darlehens übernehmen. Es gelang mir dennoch, eine Stelle zu finden."

Daß der Metallarbeiterverband mächtig im Dassel war, dafür legte auch Wieselthal in der Versammlung der Rohrleger am 23. d. M. ein Geständnis ab. Er erklärte, daß der Metallarbeiterverband schon von der ersten Stunde an hätte müssen pumpen gehen. Er habe es daher vorgezogen, die Einigungsversuche eigenmächtig in die Hand zu nehmen. Diese "rettende That" hat er allerdings schwer büßen müssen.

Von den Persönlichkeiten, die sich zur Beilegung der Differenzen bemühten, bezeichnete Cohen den sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Arons als den einwandfreiesten. Andere Personen, wie z. B. der hochverdiente Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts v. Schulz schienen demnach Herrn Cohen weniger einwandfrei. Ueber die Vetheiligung des Metallarbeiterverbandes an der Aussperrung konnte Herr Cohen genaue Zahlen nicht anführen. Er sagte nur, daß ein Siebentel aller Mitglieder noch nicht bezugsberechtigt war und 5180 Aussperrte überhaupt keiner Organisation angehörten. Die Diskussion war weniger interessant. Sie beschränkte sich lediglich auf taktische Fragen. Vielsach wurde gefordert, daß der Metallarbeiterverband seine Mitglieder mehr zu "Klassenkämpfen" erziehen soll. Auch Herr Schilde, der zuletzt zu Worte kam, ging in seiner Rede um die Sache herum, wie die Kasse um den heißen Brei. Die Gründe für den unglücklichen Verlauf des Kampfes fand er nicht in dem Bankrott seines Verbandes, sondern in der Monopolstellung (?) der Elektrizitätsbranche und in der großen Zahl der unorganisierten und noch nicht bezugsberechtigten Arbeiter. Ausrede! Anderen Organisationen gegenüber haben die Verbändler die Frechheit gehabt zu fragen, ob sie noch genügend Geld zum Kampfe haben, sie selbst dagegen wußten nicht, wo man schon am Anfang der Bewegung Unterstützungsgelder hernehmen sollte.

Möge die Darlegung dieser Thatfachen genügen, den Metallarbeitern die Augen zu öffnen und in Massen dem Gewerbeverein beizutreten.

Wochenschau.

Berlin, 28. November 1905.

Heute Mittag 12 Uhr wurde die zweite Session des Preussischen Reichstages mit einer vom Kaiser verlesenen Thronrede im Weißen Saale des Schlosses feierlich eröffnet. Die Thronrede vertheidigt die Nothwendigkeit neuer Steuern und befürwortet eine Vermehrung der Flotte und sagt über die soziale Gesetzgebung nur dies:

Die Fortbildung der sozialen Gesetze bleibt eine der Hauptpflichten des Reiches. Auf Jahre hinaus wird die Gesetzgebung mit der Vereinheitlichung des gesammten Arbeiterversicherungsrechts und mit der Ausgestaltung der Wittwen- und Waisenfürsorge beschäftigt sein. Gegenwärtig wird Ihre Mitwirkung erbeten, um den gewerblichen Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit zu erleichtern und die Möglichkeit freier Betätigung ihrer wirtschaftlichen Interessen innerhalb der durch das gemeine Wohl gegebenen Grenzen zu gewährleisten. Auch mehrere andere Gesetzentwürfe werden sich auf dem Gebiete sozialer Aufgaben bewegen.

Fest ist also nur der Gesetzentwurf betreffend die Anerkennung der Berufsvereine in Aussicht gestellt. Das ist wenig!

Ueber die neuen Steuerpläne äußert sich der heutige Leitartikel.

Am letzten Donnerstag nahm der Centralrath Stellung gegen die Absichten der Reichsregierung, weitere 40 Millionen Mark aus dem Tabak herauszuholen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Resolution.

Der Centralrath der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunker) erhebt lebhaften Protest gegen die Absichten der Reichsregierung betreffend eine Erhöhung der Verbrauchsabgaben und Zölle auf Tabak. Was an Steuerplänen bisher bekannt geworden ist bezüglich des Tabaks, ist geeignet, größte Benutzungslosigkeit zu tragen in die zweihunderttausend Köpfe zählende Arbeiterschaft dieser Industrie. Die ohnehin bedenkliche Heimarbeit dieser Branche würde noch eine größere Ausdehnung finden, da die Unternehmer durch Ersparnis an Löhnen und Betriebsrichtungen auszugleichen suchen werden, was an neuen Lasten ihrer Industrie auferlegt wird. Schon heute gehören die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen zu der schlechtesten bezahlten Arbeiterschaft Deutschlands.

Wir erheben ferner mit gleicher Entschiedenheit Protest gegen jede neue Vertheuerung der Lebenskosten für die arbeitende Bevölkerung. Dem armen Manne darf der geringe Genuß des Tabaks nicht noch weiter erschwert werden. In dieser unruhigen Zeit ist es eine ganz besondere Pflicht der Reichsregierung, jedweden neuen Zündstoff zur Erregung der Massen zu vermeiden.

Wir ersuchen alle Ortsverbände und Ortsvereine die Frage einer erhöhten Tabakbesteuerung auf die Tagesordnung ihrer nächsten Versammlungen zu setzen und gleichfalls Stellung zu nehmen. Der Leitartikel in voriger Nummer informiert rasch und verständlich. Der Hauptartikel heutiger Nummer ergänzt das Material bezüglich der übrigen Steuerpläne. Die Reichsregierung muß aus den Erklärungen der Ortsverbände und Ortsvereine darüber unterrichtet werden, wie

die in den Deutschen Gewerbevereinen organisirte Arbeiterschaft in diesen Dingen denkt.

In Berlin begann gestern der erste deutsche Städtetag. Die Fleischtheuerung hat die Vertretungen der Städte zu einer einheitlichen Kundgebung zusammengeführt. Die Tagesordnung lautete: „Die Fleischtheuerung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischtheuerung“. Handelskammerpräsident Dove-Berlin, Oberbürgermeister Korte-Königsberg i. Pr. und Magistratsrath Dr. Beckh-München hielten sehr wirksame Referate zur Vertheidigung folgender von ihnen gemeinsam eingebrachten Erklärung:

1. Es besteht zur Zeit in Deutschland eine ganz außergewöhnliche Höhe der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, an deren alldaueriger Beseitigung alle Kreise des Volkes, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung der Städte, ein dringendes Interesse haben.

2. Die Ursache solcher Theuerungen ist darin zu erblicken, daß die inländische Viehproduktion dem starken Wachstum der Bevölkerung gegenüber, nicht stetig im Stande ist, den inländischen Bedarf an Fleischernahrung zu decken, insbesondere nicht nach den erfahrungsgemäß sich wiederholenden Mängeln in Futtermitteln. Die Behauptung, daß der Zwischenhandel die Veranlassung für die derzeitige Fleischtheuerung abgibt, kann als zutreffend nicht anerkannt werden.

3. Zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfs ist deshalb der Rückgriff auf die Vieh- und Fleischbestände des Auslandes unter voller Wahrung des Seuchenschutzes für die einheimischen Viehbestände und Berücksichtigung des gesundheitlichen Schutzes der einheimischen Bevölkerung geboten.

Die bestehenden Einfuhrverbote und Erschwerungen überschreiten zum Theil das durch die Gesetzgebung im veterinären und sanitären Interesse vorgezeichnete Maß und führen dazu, die Einfuhr, auch wo sie zugelassen ist, unrentabel zu machen.

4. Von den vorgeschlagenen Abhilfemitteln kann die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als geeignetes Mittel zur wirksamen, dauernden Beseitigung der Fleischtheuerung nicht angesehen werden.

5. Dagegen erachtet der Deutsche Städtetag als geeignete Mittel gegen die Fleischtheuerung die möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs aus dem Auslande — unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen — zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthäusern, die Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Befreiung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erschwerungsmaßnahmen, die Einfuhr ausländischen Büchsenfleisches und sonstiger Fleischdauerwaren, die Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futtermittelknappheit.

6. Der Deutsche Städtetag erklärt, daß die Behandlung der Fleischtheuerung durch die maßgebenden Instanzen des Reichs und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt.

In der Diskussion suchten Singer-Berlin und Ulrich-Offenbach durch einige radikale Redensarten einen agitatorischen Erfolg zu erlangen. Mit Recht wies Oberbürgermeister Bender hiergegen darauf hin, daß in der Wägung des Ausdrucks gerade die Schärfe liege. Der konservative Bürgermeister von Weisensefel und die sozialdemokratischen Mitglieder des Städtetages stimmten gemeinsam gegen die Nummer 4 der Erklärung, weil sie beide wünschten, daß die städtischen Verwaltungen selber Schweine mästen. Im Uebrigen wurde die Erklärung einmüthig angenommen. Nur der Weisensefelder Bürgermeister stimmte gegen das Ganze. Weisensefel ist eine Industriestadt von seltener Eigenart: sie leidet sich einen Bürgermeister, der sich auf die Seite der Fleischvertheurer stellt!

Der Magistrat von Berlin hat eine Petition mit umfassender Begründung gegen die Fleischtheuerung an die preussische Regierung gerichtet.

Die Empfänger des „Gewerbeverein“ werden darauf aufmerksam gemacht, daß die 4. Probenummer des „Korrespondenzblatt“ diesmal lose, nicht im Couvert, dem Organ beigelegt ist. Sie werden ersucht, dieselbe sofort dem Vereinsvorsitzenden zuzustellen. Gleichzeitig richten wir noch nochmals die Bitte an die Verbandskollegen, recht zahlreich auf das „Korrespondenzblatt“ zu abonnieren und die bereits gemeldeten Bestellungen auf den Bestelllisten umgehend dem Bureau zuzusenden.

Arbeiterbewegung. In Oberschlesien gehen die Wogen in der Bergarbeiterbewegung schon wieder ziemlich hoch. Täglich finden Versammlungen statt, die sich mit der kritischen Lage im Revier beschäftigen. In den Vordergrund der Bewegung scheint die polnisch-nationale Propaganda gerückt zu sein. Unseren in Oberschlesien wirkenden Kollegen, Verbandssekretär Klavon-Berlin, Hauptkassierer Schmidt-Oberhausen vom Gewerbeverein der Bergarbeiter und dem Agitationsbeamten Griesse-Rattowitz ist es gelungen, die Bewegung wieder auf das wirtschaftliche Gebiet zurück zu leiten. In Myslowitz und Kattowitz gelang es, die Bergarbeiter zu bewegen, wieder einzufahren. Die Myslowitz-Direktion hatte es zur Bedingung gemacht, daß die Bergarbeiter zuerst die Arbeit aufnehmen sollen,

Eine eigenthümliche Stellung zur Flottenfrage nimmt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Calwer ein. In den „Sozialist. Monatsheften“ veröffentlicht er einen Artikel über „Englands Absichten und die deutsche Sozialdemokratie“, in dem er u. A. ausführt, daß, wenn man als Parteimann einen ablehnenden Standpunkt gegen die deutsche Flottenpolitik einnehme, man diese Haltung gegen jede Flottenpolitik beobachten müsse. Denn die Nachbarn hätten den Deutschen erst gezeigt, daß der Besitz einer starken Kriegsflotte für die heutigen Entscheidungen in den Fragen der Weltpolitik etwa ebensobiel werth ist, wie der Besitz einer mit starker Geldkraft ausgerüsteten Centralbank für die Geltung auf dem internationalen Geldmarkt. Heute, wo Deutschland wirtschaftlich England und den Vereinigten Staaten ebenbürtig zur Seite steht und nicht umhin kann, zu allen Fragen der Weltpolitik im Interesse seiner Industrie Stellung zu nehmen, da kann man wohl die Flottenpolitik sämtlicher moderner Industriestaaten aufs Schärfste verurtheilen, aber man kann dem eigenen Lande nicht zumuthen, eine Ausnahmebestimmung zuzunehmen, die recht verhängnisvoll werden könnte. So wie die realen Verhältnisse heute liegen, hängt das Ansehen eines Staates im Auslande von seiner Schlagfertigkeit zu Lande und zu Wasser ab.“

Das ist nicht der Standpunkt eines Sozialdemokraten, die grundsätzlich gegen jede Flottenpolitik sind, sondern der eines recht gemäßigten Liberalen oder gar Nationalliberalen, und der „Genosse“ Calwer sollte etwas vorsichtiger mit seinen Aeußerungen sein. Es könnte ihm sonst gehen, wie seinem bisherigen Fraktionsgenossen Schuppel, der wegen seiner abweichenden Anschauungen „krank“ geworden ist.

Freilich führt Calwer später aus, daß die deutschen Arbeiter gegen die Flottenpolitik sein müssen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Bei dieser Beweisführung aber unterläßt ihm ein recht schwerer volkswirtschaftlicher Fehler. Er meint, daß lediglich das Unternehmertum die Kosten für die Flotte zu tragen hätte, da diese dazu diene, das Risiko derselben zu vermindern. Mit dem Risiko aber werde die Berechtigung des Unternehmerrwinnnes begründet. Ja, denkt denn Herr Calwer nicht daran, daß die vermehrten Lasten für die Flotte von dem Unternehmertum ohne Weiteres auf die Produktionskosten verrechnet werden können — hierfür kommt doch die konkurrenzfähige Preisfestsetzung für den Weltmarkverkehr in Betracht — und daß man die Produktionskosten nach allen bisher gemachten Erfahrungen durch Kürzung der Löhne wieder weit zu machen versuchen würde?

In der „Deutschen Juristenzeitung“ macht Justizrath Dr. Strang rechtliche Bedenken geltend gegen das Verfahren mit dem **Beschwerdeweißungsschein**. Eine Anzahl von Bzhen im Oberbergamtsbezirk stellte nur solche Arbeiter an, die einen „U berweißungsschein“ von ihrer bisherigen Bzche vorlegen konnten.

Dieser Schein wird aber vielfach verweigert. Die Bzchen bezwecken damit, einem gar zu raschen Wechsel in der Belegschaft entgegenzutreten. Aber der gewählte Weg giebt zu rechtlichen Bedenken Anlaß. Man umgeht damit die durch § 113 der Gewerbeordnung verbotenen schwarzen Vermerke in den Abgangszeugnissen. Und vor allem, in der Endwirkung, wird die durch das Gesetz vom 1. November 1867 gewährleistete Freizügigkeit beeinträchtigt. Jeder Reichsangehörige darf sich (§ 1 cit. G.) dort niederlassen, wo er ein Unterkommen sich zu verschaffen im Stande ist. In der Ausübung dieser Befugnisse darf er durch die Obrigkeit weder des Heimathsrecht noch des Niederlassungsrechts gehindert oder auch nur durch lästige Bedingungen bestraft werden. Eine Betriebsverwaltung kann nicht stärkere Rechte haben als die Obrigkeit, darf also nicht lästige, die Freizügigkeit einengende Bedingungen vorschreiben. Der Arbeiter ist kein Schollenpflichtiger mehr.

Auch im Bergbaulichen Verein waren Zweifel über die rechtliche Zulässigkeit der Ueberweißungsscheine entstanden. Diese Zweifel haben dahin geführt, daß der Verein die Bzchen aufforderte, den Ueberweißungsschein nicht mehr in Anwendung zu bringen. Wir haben im „Gewerkverein“ jene Bzchärkung der Freizügigkeit von vornherein für rechtlich unzulässig und für eine unerhörte Maßnahme erklärt. Offenlich hört er grobe Verstoß gegen Recht und Gesetz nun auf

rd. **Berechtigtiger Widerstand gegen die Staatsgewalt.** (Nachdr. verb.) Der Angeklagte war in einer Schankwirtschaft mit einer anderen Person in Streit gerathen, wobei er diese beleidigte. Ein Schutzmann wurde herbeigeholt, um den Beleidiger festzustellen, und der Hüter der heiligen Herrmannsd verlangte, daß der Festzusetzende ihm zur Polizeistache folge. Indessen weigerte sich der Angeforderte, diesem Geruchden Folge zu leisten, da der Schankwirth und mehrere Gäste erklärten, daß jener ihnen persönlich bekannt sei. Der Schutzmann war jedoch hiermit nicht zufrieden, und selbst der vorgelegte Militärschutz des Festzusetzenden genügte ihm nicht. Als er nun zur Festnahme des Schankgastes schreiten wollte, leistete dieser energisch Widerstand; ein anderer Schutzmann kam seinem Kollegen zur Hilfe, doch da beide nur dem Widerstehenden nicht fertig werden konnten, wurde von dem inzwischen benachrichtigten Polizeirevierbureau ein dritter Beamter herbeigeholt, und diesen vereinnten Kräften gelang es endlich, die Festnahme des Trügigen zu bewirken, der nunmehr wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vor den Strafrichter citirt wurde. Indessen erfolgte seine Freisprechung, da der Gerichts-

hof zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Schutzleute in unberechtigter Ausübung ihres Amtes handelten, der Angeklagte somit berechtigt war, sich mit allen Kräften der ihm drohenden Freiheitsentziehung zu widersetzen. Denn gemäß §§ 112 und 127 der Strafprozessordnung wäre die Festnahme nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn der Angeklagte der Flucht verdächtig war oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden konnte, oder die Gefahr einer Verdunkelung bestand. — Voraussetzungen, die für den vorliegenden Fall sämtlich nicht zuträfen. — Der Staatsanwalt hatte gegen das freisprechende Erkenntnis Revision eingelegt, die indessen vom Kammergericht verworfen wurde. Der Staatsanwalt hatte in der Revision u. A. ausgeführt, wenn der Angeklagte schon dem ersten Schutzmann gegenüber ein Recht befoh, sich gegen seine Festnahme zu wehren, so doch nicht den beiden anderen Schutzleuten gegenüber, die in berechtigter Ausübung ihres Amtes handelten, da sie doch lediglich dem Befehl ihres Vorgesetzten entsprachen, indem sie ihrem Kollegen zu Hilfe kamen. — Diese Vorlie hat aber das Kammergericht nicht gebilligt. Würde man diese Ausführungen zustimmen — so heißt es in den Uränden —, so würde dies ja zur Aufhebung aller gegen unberechtigte Verhaftungen gesetzlich gewährleisteten Sicherheiten führen, denn dann wäre ja jede widerrechtliche Verhaftung von da ab rechtmäßig, sobald der widerrechtlich handelnde Beamte von einem anderen unterstützt wird, der von dem Gerube der Verhaftung nichts weiß und nur deshalb eingreift, weil er Widerstandshandlungen des Festgenommenen wahrnimmt. Eine derartige Schlussfolgerung stände aber in Widerspruch mit einem geraden Rechtsbewußtsein. — Diese Erwägungen mußten dazu führen, daß das freisprechende Erkenntnis der Instanz lediglich bestätigt wurde.

Gewerkvereins-Zeitung.

§ **Mittenburg.** Am Sonnabend, 11. November, fand hier eine Ortsverbanderversammlung statt, in welcher Kollege Redakteur Schner-Behrens über: „Warum müssen wir eine Gewerkevereinspresse haben?“ sprach. Kollege Schner verbreitete sich in streng sachlicher Weise über die Deutschen Gewerkevereine im Allgemeinen. Er kam dann zum eigentlichen Punkt, eine täglich erscheinende Gewerkevereins-Zeitung („Mitteldeutsche Volkszeitung“) zu sprechen, in welchem er betonte, eine täglich erscheinende Zeitung sei mit ein Haupt-Motus zum weiteren Gelingen der Gewerkevereine. Gäßen wir von Anfang an mehr Opfer gebracht, der Presse mehr Aufmerksamkeit geschenkt, wir ständen heute anders da. Ferner könnten wir die Angriffe der sogenannten freien, sowie christlichen Organisationen besser abwehren; ferner den Kampf gegen die Zolltarif-Vollage und jetzt im Zeichen der Reichstheuerung, in welcher sich auf Kosten der Arbeiter ein häßliches Großgrundbesitzer bereichert, schärfer führen. Dann kommt noch ein größerer Feind in der Arbeiterbewegung, und das ist der unter den Arbeitern selbst bestehende Indifferenzismus, ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, welcher eine tägliche Zeitung fordert. Am Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, sich regen an dem Unternehmen zu beteiligen und die Zeitung zu verbreiten. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen lebhaft. Es machte sich ein reges Interesse bemerkbar und brachte jeder sich daran theilnehmende Redner seine Wünsche zum Ausdruck. Kollege Straß, Fischer, gab in längeren Ausführungen seine Ansichten kund, und trat dafür ein, daß in der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ ein Arbeitsnachweis eröffnet würde. Kollege Richter, Maschinenbauer, erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und hob noch hervor, daß Kollege Lechner den Liberalismus in seiner Zeitung vertritt, dann dies in sehr energischer Weise zu thun, da der heutige Liberalismus sehr viel zu wünschen übrig ließe. Ferner sprachen noch die Kollegen Lange, Geitel und Schneider. Sie sind ebenfalls der Meinung, daß etwas geschehen muß, und daß die Zukunft der Deutschen Gewerkevereine größtentheils mit in den Händen der Mitglieber liege. Leider war die Zeit zu kurz bemessen und konnte Kollege Lechner nicht länger unter uns verweilen. Am Schluß dankte der Vorsitzende Kollege Lange im Namen des Ortsverbandes dem Referenten für seinen Vortrag, gleichzeitig mahnte er die Mitglieber, sich am Abonnement der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ zu beteiligen.

D. Fischer, Schriftführer.

§ **Bergamen i. Westf.** In einer vom Ortsverband Camen auf Sonntag, 19. November, Nachm. 4 Uhr, einberufenen öffentlichen Ortsverbanderversammlung wurde nach einem Referat von Fräulein B. Christmann-König und unter Mitwirkung von Frau Schäfer-Dortmund ein O. V. des Gewerkevereins der Deutschen Frauen mit 27 Mitgliedern gegründet. Nach erfolgter Auskhußwahl wünschte der Ortsverbands-Vorsitzende, Kollege Contr. Sommer, dem jungen Verein ein kräftiges Willen und Gedulien und schloß mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine die imposante Versammlung. Den beiden mitwirkenden Damen, die den über 1/2 Stunde von Camen entfernten Weg trotz des schlechten Wetters nicht gescheut, nochmals besten Dank. J. B.: Paul Dising, Schriftführer.

§ **Berlin.** Graph. Berufe und Maler I. Am 18. November hielt Herr E. Melzer, Uesdomstr. 7, in unserem Vereinslokal A. Strauß, Neue Günststr. 28, einen hochinteressanten Vortrag über eine „Mittelmeerfahrt“. Der Vortrag wurde durch mehrere Hundert Bilder erläutert. Die deutsche Vortragsweise des Herrn Melzer, sowie die wunderbaren Landschaften und Scenen, die der Apparat in ganzer Schärfe wiederab, feststellte alle Zuhörer. Der große Saal konnte die vielen Theilnehmer kaum fassen. Ein daran anschließendes Kränzchen hielt die Mitglieber von Berlin I, II und III und deren Angehörigen sowie Gäste bis zur frühen Morgenstunde beisammen. Hermann Lehmann, Schriftführer.

§ **Frankfurt a. M.** Gegen den Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Verband und seine skrupellose Agitation erhob eine am Donnerstag, 23. November, im Restaurant „Klosterhof“ stattgefundene Handlungsgehilfen-Versammlung scharfen Protest.

Es hatten sich im genannten Total einige Hundert Mitglieder dieser Verbände eingefunden, insbesondere Angehörige des Vereins Deutscher Kaufleute und des hiesigen kaufmännischen Vereins. Herr R. Mattheus-Rürnberg (Verein der Deutschen Kaufleute) sprach über: „Der Reichstag und die Handlungsgehilfen“. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige vom Diszern Frankfurt a. M. des Vereins der Deutschen Kaufleute einberufene und auch von Mitgliedern anderer Verbände stark besuchte Versammlung nicht antisemitischer Handlungsgehilfen protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die antisemitische Behauptung, daß der mit Hilfe des Bundes der Landwirthe im Wahlkreise Eisenach-Dornbach gewählte Antisemit Schaal im Reichstag als Vertreter der deutschen Handlungsgehilfen betrachtet werden könne. — Ein Mann, der mit Hilfe der Fleischvertheurer und mit Hilfe reaktionär-politischer Parteien gewählt worden ist, kann niemals die Interessen feindsüchtiger und sozialdenkender Handlungsgehilfen wahrnehmen. — Die heute verammelten Handlungsgehilfen sind überzeugt, daß der nur zur Verhöhnung und zum Schaden der gesammten Handlungsgehilfen-Bewegung ins Leben gerufene antisemitische, sogenannte deutschnationale Verband überwunden werden und der wahrhaft freibetrieblich und sozial gerichteten Handlungsgehilfenbewegung welche wird, die von den heute hier anwesenden Handlungsgehilfen vertreten wird.“

Im Anschluß an die Versammlung konstituierte sich ein zweiter Ortsverein des Vereins der Deutschen Kaufleute.

§ Hagen i. W. Die am 19. November stattgefundenen Wahlen zum Gewerbeamt haben uns trotz der größten Anstrengungen der Gegner, die mit Schmähschriften und allerlei Verdrehungen gegen uns arbeiteten, einen Erfolg gebracht. Dieser Erfolg ist uns höher anzufachen, als wir völlig auf uns selbst angewiesen waren und nicht einmal die befreundete Presse hinter uns stand und die gemäßigten Angriffe abblies. Während wir bei den letzten Wahlen nur 2 Siege der Arbeitgeber des Kleinbetriebes und einen Arbeitnehmersieg für den Großbetrieb erreichten, gelang es diesmal außerdem noch einen Arbeitnehmersieg für den Kleinbetrieb zu erobern. Dabei hat sich die für unsere Kandidaten abgegebene Stimmenzahl ganz bedeutend erhöht. Das berechtigt uns zu der Hoffnung, daß es uns das nächste Mal gelingen wird, noch mehr Kandidaten durchzubringen trotz der gefährlichen Kampfesweise, die seitens der Gegner uns gegenüber angewandt wird.

§ Kaiserslautern. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter hielt am 11. November eine gut besuchte Generalversammlung ab, in welcher Kollege Knuth einen Vortrag hielt über das Thema: „Welchen Nutzen bietet uns die Organisation und wie bauen wir dieselbe aus?“ Redner wies nach, daß trotz angestrengter Thätigkeit die Arbeiter kaum ein menschenwürdiges Dasein führen können, da die Preise für Lebensmittel fortwährend gestiegen würden. Deshalb werde vielfach die Frau zur Mitarbeit herangezogen, wodurch wiederum der männlichen Arbeiterschaft eine starke Konkurrenz erwachse. Es sei unbedingt notwendig, daß der Mann so viel verdient, daß die Frau ihrem häuslichen Berufe nachkommen kann; das zu erreichen sei nur möglich durch eine starke Organisation, wie es die Deutschen Gewerkschaften sind. Ein Mittel, dieselben noch auszuwachen, besteht darin, daß Vertrauensmänner für die einzelnen Werkstätten bestimmt und Bezirksversammlungen abgehalten werden. Dem Redner wurde seitens der Versammlung lebhafter Beifall erteilt. In der nun folgenden lebhaften Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit dem Referenten einverstanden, und es wurde eine Resolution angenommen, durch die sich die Versammlung verpflichtete, im Sinne des Vortrages zu handeln und insbesondere die Vereinen- und öffentlichen Versammlungen vollständig zu besuchen, damit die Grundzüge der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften immer mehr und mehr in die Öffentlichkeit treten. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften geschlossen.

§ Reife. (D.-B. der Graphischen Berufe und Maler.) Vor einer gut besuchten Versammlung im Schlesi'schen Hofe, welche am 18. November, Abends 8 Uhr, stattfand, sprach Kollege Böhm. Er wies über das Thema: „Wir organisieren wir uns?“ Der Vortrag fand lebhaften Beifall und wurde am Schluß der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige im Schlesi'schen Hof tagende vom D.-B. der Graph. Berufe und Maler (h.-D.) einberufene Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners und Kollegen Böhm-Olewig einverstanden, sie ist der Ansicht, daß nur durch die Organisation eine Besserung in Lohn und Arbeitsverhältnis eintreten kann und große Ziele nur durch einmütiges Zusammengehen aller auf festlichem Boden stehenden Arbeiterorganisationen erreicht werden können. Um 12 Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen Böhm sei an dieser Stelle nochmals für seine im verständlichen Sinne gehaltene Rede unser Dank ausgesprochen, denn nur durch Ruhe und Verschönlichkeit kann hier für unsere Sache etwas erreicht werden.

Frankle, Vorsitzender. E. Hanke, Schriftführer.

§ Nürnberg. In einer im September abgehaltenen allgemeinen christlichen Versammlung städtischer Arbeiter war der christliche Arbeitersekretär Troppmann heftig gegen die Deutschen Gewerkschaften losgegangen, die er für die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die hohen Löhne verantwortlich zu machen suchte. Der Mann weiß als „Christlicher“ nichts vom Centrum, dem es in der That zu „Danke ist“, daß die Soziallage mit den Arbeiterkollegen entgegenzutreten, erlaube sich einer der anwesenden „Christlichen“, Namens Langmantel, einem unserer Redner, Kollegen Johann Stieg, eine Beleidigung an den Kopf zu werfen, weshalb Anzeige erstattet wurde. In diesen Tagen wurde der Beleidiger vom Schöffengericht zu 5 Mk. Geldstrafe oder 1 Tag Haft, sowie zur Tragung sämtlicher Kosten verurtheilt. Mit Rücksicht auf die in Bayern übliche, etwas derbe Redeweise glaubte der Gerichtshof die Strafthat milde beurtheilen zu sollen.

§ Hymn (Ortsverband). Nach längerer Zeit war es uns wieder einmal vergönnt, einen Vertreter des Centralrats in unserer Mitte zu haben, und wir für den 16. November einen Vortrag über das Thema: Was lehren uns die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart? halten sollte. Die Mitglieder, deren Frauen und viele Gäste hatten sich trotz des schlechten Wetters

zahlreich eingefunden, nur die Herren Verbändler, welche sich gewissermaßen auf die Versammlung versaut hatten, sind aus uns unbekanntem Grunde fern geblieben. Der Vorsitzende, Herr Christoph, eröffnete die Versammlung, begrüßte die Gäste und stellte der Versammlung Herrn Klavon. Berlin vor und ertheilte diesem Wort. Die circa 1 1/2 stündigen, äußerst sachlichen und dabei leicht verständlichen Ausführungen leiten den Zuhörern klar, welche Rechte die Arbeiter auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu fordern berechtigt sind, inwieweit den Arbeitern dieses Recht gewährt würde und wer die Schuld an der immer mehr sich bemerkbar machenden Unzufriedenheit der ohnedies ganz unter dem Joche der „hohen Gewalt“ schmachenden Arbeiter trägt. An der Hand statistischen Materials wurde nachgewiesen, daß die vom Staate in's Leben gerufene Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter nicht genügende Gewähr leisten, um die Sozialen oder Arbeitsfähigen einigermaßen vor Entbehrungen zu schützen, so daß es für jeden Arbeiter unbedingt notwendig ist, sich der Organisation anzuschließen. In Weiteren beleuchtete der Vortragende noch die verschiedenen Aussparungen, wobei viele Tausende von Menschen auf die Straße getrieben wurden, ferner die seitens des Landwirtschaftsministeriums mit kaum verständlicher Härte durchgeführte Sperrung der Grenzen, wodurch namentlich den Arbeitern die notwendigen Lebensmittel entzogen und die Preise auf eine Wunderhöhe gebracht, den Agrariern aber horrenden Summen in den Schoß geworfen werden, ebenso wie Redner noch auf die Zehnerzulage der staatlichen Beamten hin, nur mit dem Unterschiede, daß da bei den höheren Beamten angesehene würde, da die Noth bei selbigen am meisten (?) sich noch Genosse Kiedel um Wort, derselbe erklärte sich im Wesentlichen mit den Ausführungen des Redners einverstanden, betonte aber, daß sich der Gewerkschaften hier am Orte mehr Achtung verschaffen sollte. In demselben noch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker hervor, welche über 4000 Firmen mit ungefähr 45 000 Gehilfen umfaßt, und deren Bestimmungen von den Staatsbehörden wie von den staatlichen Behörden anerkannt und respektiert würden. Hierauf nahm noch einmal Herr Klavon das Wort, speziell drückte Verbändler beleuchtend und empfahl den Mitgliedern, speziell die anwesenden Frauen, recht tüchtig für unsere Reihen zu werden, selbst mit in die Versammlung zu gehen und die Männer anhalten zur Versammlung, damit etwas Großes und Ganzes geschaffen wird und nicht immer Alles dem Ausschuss überlassen, denn wo der Mann ist, da gehört auch die Frau hin. Immer hinein in die Organisation, immer hinein in den Gewerkschaften, das soll unser Kampfziel zugleich aber unser Parole sein. Hierauf schloß der Vorsitzende die in allen Theilen äußerst interessante Versammlung mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften. Herrn Klavon nochmals besten Dank an dieser Stelle für den lehrreichen Vortrag.

§ Thora. Am Sonnabend, 11. November, fierte der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter im Saale des Herrn Nicolai sein 6. Stiftungsfest. Eingeleitet wurde das Fest durch 4 Konzertnummern der 2ler Kapelle, worauf der unterzeichnete Schriftführer des Vereins die zahlreichen erschienenen Gäste in einer kurzen Ansprache begrüßte. Nach einer kurzen Pause hielt dann derselbe Redner eine Rede, in welcher er eine kurze Uebersicht über die Vereinsverhältnisse während des 6jährigen Bestehens gab und schilderte, welche schweren Kämpfe der Verein während dieser Zeit zu bestehen hatte. Es bewahrheitete sich aber der alte Spruch: Einigkeit macht stark. Große Begeisterung rief auch das vom Kapfiter, Genosse Dering, verfaßte Gedicht hervor. Eine Ansprache hielt noch Genosse Starke. Sodann trat der Tanz in seine Rechte.

(Surt Böfller, Schriftführer, Thora III, Waldstr. 29a, III.)

Verbands-Zeitung.

Mitteldeutscher Ausbreitungsverband.

Am Dienstag, 21. November, tagte der Ausschuss im Restaurant zum Reichsanier zu Halle. Anwesend waren die Kollegen: Holmeln, Bieler, Müller, Herberger, Samiez und Leicher. Folgende Tagesordnung wurde bekannt gegeben: 1. Protokoll. 2. Zeitungsangelegenheit. 3. Agitation. 4. Beschlüsse. Der frühere Schriftführer, Kollege Holmeln, verlas das Protokoll der letzten Sitzung, worauf in die Erörterung der Zeitungsangelegenheit eingetreten wurde. Es wurde allgemein eine Änderung des Zeitungskopfes gewünscht und beschlossen, mit einem Mitgliede des Ortsvereins der Graphischen Berufe in Verbindung zu treten, um einen neuen Entwurf für den Zeitungskopf auszuarbeiten. Auf eine Anfrage des Kollegen Müller wurde mitgeteilt, daß die Zeitung vom 1. Januar 1906 täglich erscheinen werde. Ferner wurde Kollege Bieler beauftragt, 2 Abonnements auf das „Korrespondenzblatt des Verbandes“ für den Vorstand des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes zu bestellen. Betreffs Agitation wurde beschlossen, daß Kollege Müller in nächster Zeit den Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter in Schraplau besuchen soll, um dort ein Referat über Ausbreitungsverbände zu halten. Der Schriftführer wird sich mit dem Kollegen Köpfer-Jena in Verbindung setzen, damit dieser in Rudolstadt Propaganda für den Mitteldeutschen Ausbreitungsverband macht. Nach Verlesung eingegangener Schriftstücke, darunter auch einiger Anmeldungen von Ortsvereinen zum Mitteldeutschen Ausbreitungsverband wurde die Sitzung gegen 11 1/2 Uhr geschlossen.

R. Bieler, Schriftführer.

Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften (h.-D.) für das Herzogthum Anhalt und Provinz Sachsen.

Protokoll der 4. Vorstandssitzung, abgehalten am 15. November im Total „Wudin“. Kollege Ziemann eröffnete dieselbe um 9 Uhr Ab. Anwesend die Kollegen Klett, Rudert, Eriebel, Raue, als Gäste die Kollegen Bieler, Schröder, Beder, Blame.

Von den eingegangenen Drucksachen wird Kenntnis genommen, auch wird der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Buchau, der sich dem Ausbreitungsverbände angeschlossen hat, willkommen geheißen. Kollege Ziemann hat ein Aushang in Folge seiner Wahl als Lokalbeamter des Bezirks Wülheim a. Ruhr der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter sein Amt als I. Vorsitzender niederlegen muß, da er mit dem 1. Januar 1906 in sein

neues Amt eintritt. Die Neuwahl des I. Vorsitzenden soll in der Versammlung am Freitag, 22. November, stattfinden. Eine längere Debatte entspinnt sich über den verlesenen Leitartikel zur Probenummer unserer Zeitung...

Zusammenfassung

für die ausgesperrten Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie Berlins und Umgegend. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Berlin III (Restzahlung) M. 93,25...

Versammlungen

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandshause der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen...

Gelder sind nur zu senden an Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

genfer, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Gröpler, Perastr. 147. - Holzweidig, Fabrik- und Handarbeiter. Sonnabend, 9. Dezember, Ab. 8 Uhr, im Vereinslokal. I. D.: Vorstandswahl. Verschiedenes.

Orts- und Bezirksverbände

Stettin (Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Brauer, Stettin, Balkenstr. 22. (Gäste stets willkommen)...

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis

Halle a. S. Mitteldeutscher Ausbreitungsverband. Wilhelm Holmelt, Vorsitzender, Halle, Albrechtstr. 12; Richard Heller, Schriftführer, Halle, Kurfürstenstr. 79; Max Müller, Kassier, Halle, Steinweg 18.

Literatur

Im Verlage von Otto Meier in Ravensburg erschien in 2. Auflage „Die Zeichenschule“ von G. Konz, Professor am Rgl. Katharinensinst in Stuttgart. Die Zeichenschule ist eine Anleitung zum Selbstunterricht...

Von der neuen Zeitschrift des Deutschen Vereins für Kunstgewerbe „Die Werkkunst“ (34. Hft. Verkaufspreis für 24 Hefte 10 Mk.) sind jetzt im Verlag von Otto Salle in Berlin W. 2 weitere Hefte erschienen...

Anzeigen = Heil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Gratis versende ich den ausführlichen Katalog der großen Weihnachts-Preismässigung...

Rechtschreiberei, Holzdruckerei, Kautschuk- und Buchdruckerei...

Hagen i. W. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder des Gewerkschaftsvereins erhalten freies Abendbrot...

Centralrat der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder). Mittwoch, 6. Dezember, Abds. 8 1/2 Uhr im großen Saale unseres Verbandshauses, N.O., Greifswalderstr. 221/23...

Ein tüchtiger Leisendreher, ein tüchtiger Leisenschleifer erhalten dauernde Beschäftigung bei hohem Lohne.

Die Arbeiterberufsvereine und die Parteipolitik. Der Leitartikel aus Nr. 5 des „Gewerkschaftsvereins“ ist als Broschüre erschienen...